

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Klaus Stöttner

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Manfred Eibl

Abg. Ulrich Singer

Abg. Sebastian Körber

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)

Mobilität auch im Alter sicherstellen - Förderrichtlinie für innovative, lokale und niedrigschwellige Mobilitätskonzepte erstellen (Drs. 18/7092)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin, so kreuzen sich die Wege wieder. Ein neues Ministerium, aber trotzdem gibt es Schnittstellen bei manchen Themen.

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, die "Hochzieher" sind nicht so beliebt, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, über diesen Antrag nochmals zu reden, weil ich durchaus mit einer Ablehnung eines Antrags umgehen könnte, aber bei diesem Thema tatsächlich das Gefühl habe, dass wir eine Lösung finden könnten und es vielleicht anhand von Missverständnissen oder nicht ganz verstandenen Ideen bezüglich des Antrags zu einer Ablehnung vonseiten der CSU und – ich glaube auch – der Fraktion der FREIEN WÄHLER gekommen ist. Herr Stöttner hat im Verkehrsausschuss den Antrag vertreten. Vielleicht kommen wir heute ein bisschen weiter. Es wäre mir wirklich eine große Freude, weil das Thema dieser niedrigschwelligen Mobilitätsangebote für Senioren für mich tatsächlich eine sehr große Bedeutung hat. Ich kann und will mich im Moment noch nicht damit zufriedengeben, dass diese Initiative einfach abgelehnt wird und wir dabei nicht weiterkommen.

Meiner und sicher auch Ihrer Erfahrung nach legen ältere Herrschaften einen sehr großen Wert darauf, dass sie ein selbstbestimmtes und auch mobiles Leben führen können. Ich weiß auch, dass es sich die Staatsregierung eigentlich auch zum Ziel ge-

setzt hat, ein selbstbestimmtes Leben so lange wie möglich zu gewährleisten. Genau hier klafft aber die Lücke.

Vielleicht noch einmal kurz zur Historie: Ich hatte eine Anfrage gestellt, ob ein niedrigschwelliges Mobilitätskonzept in Bayern Förderung erfahren kann. Darauf hat es vor gut einem Jahr geheißen: Nein, so etwas haben wir nicht. Dann habe ich einen Antrag formuliert, dass die bestehende Förderrichtlinie FöRLa doch geöffnet werden soll, damit die ganz kleinen Fahrdienste unter neun Personen auf ehrenamtlicher Basis in diese Förderrichtlinie aufgenommen werden können. Daraufhin wurde dies abgelehnt, und es hat geheißen: Nein, weil der Grundgedanke der FöRLa ein anderer ist. – Das konnte ich noch akzeptieren. Ich habe es nicht ganz verstanden, aber konnte es akzeptieren.

Daraufhin ist dieser Antrag entstanden, der Ihnen jetzt vorliegt, immer unter dem Deckmäntelchen: Wir wollen auch niedrigschwellige Mobilitätskonzepte unterstützen. Also liegt Ihnen dieser Antrag vor mit dem Ansinnen: Wenn die FöRLa nicht geöffnet wird, dann schaffen wir doch eine neue Richtlinie, in der genau diese niedrigschwelligen Mobilitätskonzepte ihren Platz finden können. Wir sprechen da lediglich von ein bisschen finanzieller Unterstützung, um gerade auch in ländlichen Strukturen diese Mobilitätsmöglichkeiten für ältere Herrschaften zu schaffen. Es gibt schon ein paar, die haben aber finanziell tatsächlich sehr zu kämpfen.

Mein Ziel mit diesem Antrag war: Lasst uns doch einfach eine neue Förderrichtlinie schaffen. Dann höre ich, dass auch dieser Antrag im Verkehrsausschuss abgelehnt wurde. Jetzt bin ich langsam mit meinem Latein am Ende, weil ich das Gefühl habe, alle wollen eigentlich das Gleiche, aber wir kommen nicht zum Ziel. – Deswegen dieser "Hochzieher" – nicht, dass ich einen Groll auf mich ziehe zu dieser späten Stunde.

Mir geht es darum, eine Lösung zu finden. Nun habe ich von Herrn Kollegen Stöttner erfahren, es gebe doch die SeLA – die Förderrichtlinie für selbstbestimmtes Leben im Alter. Diese ist dem Sozialministerium zugeordnet. Jetzt bin ich mal gespannt, ob wir

in der Aussprache noch weiterkommen; denn es wäre eigentlich ein feiner Zug gewesen – selbst, wenn es ein anderes Ministerium ist –, dass man sagt: Es geht um Mobilität. Da gibt es in einem anderen Ministerium eine Förderrichtlinie. Da könnten Ihre Ideen, Frau Rauscher, Platz finden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Rauscher – –

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege Stöttner, Sie sind, glaube ich, der nächste Redner. Ich erteile nicht das Wort, das macht der Präsident. – Aber ich bin jetzt wirklich gespannt und bitte da um eine Lösung. Vielleicht ist es heute ein guter Tag für eine Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. Sie haben den fliegenden Wechsel zu Herrn Kollegen Stöttner von der CSU-Fraktion bereits angekündigt. Ich rufe diese Wortmeldung jetzt gleich im Anschluss auf. Bitte schön, Herr Kollege Stöttner.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident Rinderspacher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Rauscher, natürlich wird Ihr Antrag, nachdem wir diesen bereits im Ausschuss ausführlich diskutiert haben und sogar im Arbeitskreis noch einmal verifiziert haben, hochgezogen, wobei wir wenig Verständnis dafür haben, weil wir versuchen, die gute Idee, die in diesem Antrag steckt, auch umzusetzen.

Ich darf dies kurz erklären: Die SPD möchte mit diesem Antrag die Mobilität auch im Alter sicherstellen. Das wollen wir alle, wir werden alle älter. Meine Eltern sind 87 und 84 Jahre alt, und oft wäre es vernünftiger, wenn sie mit einem Anrufsammeltaxi abgeholt würden. Aber im ländlichen Raum haben unheimlich viele Orte und Gemeinden teilweise 50, 60 oder 70 Außenbereiche. Dort ist ein ÖPNV mit Haltestellen also der falsche Ansatz. Aufgrund dieser Notwendigkeit stellt die Staatsregierung bereits jetzt

verschiedene Bausteine und auch eine finanzielle Unterstützung auf allen Ebenen zur Verfügung. Die Begründung des Antrags greift bereits das Förderprogramm zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum auf. Der Freistaat Bayern hat – wie gesagt – diese bedarfsorientierten Angebote, wie Anrufsammeltaxis und Flexibusse, bereits unterstützt.

Ich selbst bin seit 2016 in meinem Stimmkreis am Chiemsee Initiator von einem sogenannten IST-Mobil. Das heißt: Jugendliche, die noch nicht fahren können, ältere Menschen, die nicht mehr fahren können, und auch der Gast, der als Tourist mit dem ÖPNV ankommt, werden mit diesem IST-Mobil, den Anrufsammeltaxis, mobil durch die Region chauffiert.

Meine Damen und Herren, für Einheimische sind solche Lösungen exzellent, weil der Zweitwagen, den die Hausfrau für Fahrten zum Einkaufen, zu Apotheken oder um das Kind zum Arzt zu fahren bräuchte, dadurch eventuell sogar abgeschafft werden kann. Mit dieser Lösung werden bereits in zwölf Gemeinden in meinem Stimmkreis 500 Fahrzeuge gespart. Das entspricht insgesamt drei Fußballfeldern voller Autos, die man bei Umsetzung dieser Überlegung nicht braucht.

Kollegin Rauscher, dieses niedrighschwellige Angebot für den konzeptionellen Ansatz ist in der Richtlinie zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum geregelt. Der Freistaat Bayern gibt hier 65 % Zuschuss; dieser wird dann abgestuft, und bei circa 35 % gibt es eine Dauerförderung. So ist die Richtlinie aktuell in der Umsetzung ange-dacht.

Im Antrag wird von Ihnen die Entfernung zur ÖPNV-Haltestelle problematisiert. Genau diese Mikrokonzeptlösungen werden als Notwendigkeit sehr vernetzt angeboten. Es geht dabei um Supermärkte, öffentliche Einrichtungen, Kirchen, Sportplätze usw. Dies muss dort als Lösung für die darauf angewiesenen Bürger angeboten werden. Der Freistaat Bayern bietet mit dem Förderprogramm für Bürgerbusprojekte in vielen Gemeinden ein niedrighschwelliges Förderprogramm für ehrenamtliche Bürgerbusprojekte

im ÖPNV an. Und diese niedrigschwelligen Mobilitätsangebote sind speziell von Seniorinnen und Senioren akzeptiert worden.

Die Förderrichtlinie "Selbstbestimmt Leben im Alter" – SeLA – ist, wie Sie bereits gesagt haben, seit 1. Januar 2015 in Kraft. Sie wird mit einer Anschubfinanzierung von 10.000 Euro bereits unterstützt, wovon diese bürgerlich getragene Nachbarschaftshilfe enorm profitiert. In ganz Bayern finden beispielhafte Förderprojekte, die eine Orientierung geben, ob das Ganze funktioniert oder nicht, statt. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen: die Nachbarschaftshilfen in der Gemeinde Bodenwöhr im Landkreis Schwandorf und in der Gemeinde Woringen im Landkreis Unterallgäu. Dort läuft es exzellent. Das zeigt, dass viele gute Ideen wie diese niedrigschwelligen Angebote oder das On-Demand-Konzept von Anrufsammeltaxis ein Ansatz sein könnten, um bei der Mobilität im Freistaat Bayern bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

Durch die Corona-Krise werden viele Busunternehmen im ÖPNV neu denken müssen. Auch die Hauptlinien mit Bussen und Zügen werden verbesserungsbedürftig sein, ebenso die Zubringer. Wie bereits erklärt, werden Mikrokonzepte ein gutes ergänzendes Angebot sein.

Ich bitte Sie: Nutzen Sie die Förderung. Dieser Antrag ist gut gemeint, aber alles ist bereits auf den Weg gebracht ist. Der Kollege von den FREIEN WÄHLERN wird noch einmal ausführen, inwieweit die Öffnungsklausel auch Ihre Interessen einbindet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stöttner, danke schön. Bitte bleiben Sie am Pult. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Rauscher von der SPD gemeldet. Frau Rauscher, bitte.

Doris Rauscher (SPD): Dann sage ich jetzt einfach mal: Ich hätte auch gerne die Stöttner-Chiemsee-Lösung! Ich weiß nicht, ob es zum Lachen oder zum Weinen ist. Wir reden seit ungefähr anderthalb Jahren über eine Förderung für eine niedrigschwellige Mobilitätsunterstützung, die ehrenamtlich stattfindet, gerade dort, wo es keinen Personenbeförderungsschein, keine S-Bahn, keine Busse usw. gibt.

Heute erfahren wir: Es gibt die SeLA. Dann sagen Sie das einmal Fürstencell in Niederbayern, Vaterstetten in Oberbayern oder Günzburg. Die haben so zu kämpfen, und keiner erfährt, dass es anscheinend Lösungen wie am Chiemsee gibt. Da sind wir uns ja einig und reden anscheinend vom Gleichen.

Aber ich verstehe nicht, warum in diesen vielen Plenaraussprachen und in diesen vielen Ausschussdebatten nicht einmal darüber geredet und gesagt wurde: Leute, wendet euch ans Sozialministerium; genau diese Fälle fallen in die SeLA. – Ich verstehe es nicht; aber ich werde all diesen Gemeinden Bescheid geben. Diese werden im Ministerium vorstellig werden, und dann bekommen sie hoffentlich alle die Stöttner-Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stöttner, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Frau Kollegin Rauscher, gute Ideen müssen auch durch persönliches Engagement entwickelt werden. Wenn ich das damals am Chiemsee – –

(Zuruf)

– Nein, denn der ÖPNV ist eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Hätten wir das bei uns nicht selbst in die Hand genommen, wäre das nicht auf den Weg gebracht worden. Man muss bedenken: Solche Maßnahmen müssen ein Jahr vorher bei der Europäischen Union angekündigt werden, weil sie bei einem Volumen über 250.000 Euro ausschreibungspflichtig sind. Das ist wirklich ein Hemmnis, wenn man das auf den Weg bringen will.

Aber wir sollten solche guten Ideen vielleicht nicht im großen Plenum besprechen, weil wir hier Gesetze machen und Anträge auf den Weg bringen wollen. Vielleicht können wir das im kleinen Kreis einmal miteinander diskutieren und sehen, was möglich ist.

(Zurufe – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können das Gespräch noch fortsetzen. Es dauert noch ein bisschen, bis das Mikrofon so weit ist, dass der nächste Redner sprechen kann. – Der nächste Redner, Herr Kollege Jürgen Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kann sich auf den Weg machen.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Rauscher, Ihren Optimismus in allen Ehren, aber das wäre der erste "Hochzieher" hier im Hohen Haus, bei dem die Regierungsfaktionen anders abstimmen als der entsprechende Ausschuss. Der Kollege Stöttner hat auch nicht sehr viel Hoffnung gemacht, dass es diesmal tatsächlich anders sein könnte.

Zum Thema möchte ich sagen: Alle Menschen in Bayern sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, Menschen mit oder ohne Handicap, junge Menschen, aber auch ältere Menschen. Zur Teilhabe gehört auch Mobilität. Die Organisation von Mobilität heutzutage schließt gerade in den peripheren, dünn besiedelten Regionen Bayerns Menschen aus. Das müssen wir sehen. Zur Teilhabe gehört auch die Förderung von Eigeninitiative. Hier setzt der vorliegende Antrag an.

Mobilität auf dem Land bedeutet bis heute im Wesentlichen Autofahren. Viele Menschen haben kein eigenes Auto, wollen vielleicht kein eigenes Auto oder wollen anders mobil sein. Insbesondere Seniorinnen und Senioren wollen oder können altersbedingt gar nicht mehr Auto fahren und sind dann auf den ÖPNV oder auf Hilfe angewiesen. Niedrigschwellige Angebote wie im SPD-Antrag beschrieben könnten aus unserer Sicht helfen. Der Freistaat täte gut daran, solche Initiativen zu unterstützen. Ob es so ist, dass schon heute alles möglich ist – wie Herr Kollege Stöttner gesagt hat –, wird sich im Nachgang klären. Wir Grüne stimmen dem SPD-Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Eibl, Sie dürfen sich schon auf den Weg machen. – Der nächste Redner ist der Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Stöttner hat bereits auf die Vielzahl der heute schon verfügbaren niedrigschwelligen Angebote hingewiesen. Ich kann nur hinzufügen: Der Freistaat schafft Programme und Rahmenbedingungen; sie zu nutzen bzw. in Anspruch zu nehmen, obliegt natürlich den Protagonisten vor Ort, sprich: den Verantwortlichen. Man kann niemandem etwas aufdrängen.

Ich möchte noch auf andere Maßnahmen eingehen. Herr Kollege Mistol hat ausgeführt, dass allen Menschen Teilhabe ermöglicht werden soll. Ich spreche hier nicht nur von Seniorinnen und Senioren, sondern ich spreche hier auch von Jugendlichen und von Menschen mit Beeinträchtigungen. Eine der wichtigsten und entscheidendsten Maßnahmen parallel zu diesen niedrigschwelligen Angeboten, vor allem in ländlich strukturierten Räumen, sind die Integration und Vernetzung von Verkehren und die Integration des freigestellten Schulverkehrs in den öffentlichen Personennahverkehr.

Was bedeutet das im Konkreten? – Es gibt heute schon im freigestellten Schulverkehr Linienverbindungen frühmorgens, mittags, nachmittags, teilweise spätnachmittags, die jeden Ortsteil, teilweise jeden Weiler, anfahren. Durch diese neuen Möglichkeiten dieser Integration – das heißt, der freigestellte Schulverkehr ist eine öffentliche Linie, die von jedermann genutzt werden kann – schafft man Anbindung in die Ortsteile und die Randbereiche unserer Gemeinden und unserer Städte. Das heißt, die Haltestellen – wie auch im Antrag angeführt – sind nicht mehr kilometerweit entfernt, sondern befinden sich eventuell vor der Haustür. Das bedeutet Mehrwert für die Menschen in ländlichen Regionen, und zwar nicht nur für Senioren, sondern für alle, denen die Teilhabe ermöglicht werden soll.

Wir befinden uns aktuell mit einer Vielzahl von Maßnahmen auf einem sehr guten Weg dahin. Landkreise erstellen derzeit nach vielen Jahren oder Jahrzehnten neue Nahverkehrspläne. Zusammenschlüsse von Landkreisen bieten die Möglichkeit, endlich über die Gründung von Nahverkehrsverbänden nicht nur nachzudenken, sondern auch initiativ zu werden. Verkehrsträgerübergreifende Mobilitätskonzepte werden aktuell viel-

fach entwickelt – begleitet, gefördert und getragen vom Freistaat Bayern, und das in voller Verantwortung.

Auch wir müssen den Antrag der SPD ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Wir liegen gut vor der Zeit; es geht mit den hochgezogenen Anträgen relativ schnell.

Frau Rauscher, es ist ein wichtiges Anliegen. Besonders für ältere Menschen ist die Mobilität eine wesentliche Frage, vielleicht *die* wesentliche Frage für ein selbstbestimmtes Leben, insbesondere auf dem Land. Gerade aufgrund des demografischen Wandels ergibt sich jetzt eine zusätzliche Notwendigkeit, speziell auf die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft einzugehen. Sie von der SPD schlagen vor, nun kleine lokale Initiativen mit niedrighwelligen Mobilitätskonzepten für Senioren mit Fördermitteln zu unterstützen. Das finden wir gut. Sie schlagen aber auch vor, dass zusätzlich eine neue Förderrichtlinie erlassen werden soll. Das ist ein Knackpunkt; wir sehen das ungern wegen der damit verbundenen zusätzlichen Bürokratie. Auch wir von der AfD befürworten aber grundsätzlich die Förderung und Entwicklung moderner Mobilitätskonzepte, insbesondere auch für Senioren.

Sie von der SPD haben schon letztes Jahr mit einem ähnlichen Antrag gefordert, dass die Staatsregierung prüft, wie die Förderrichtlinie Landesentwicklung dahin gehend angepasst werden könnte. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt. Diese Richtlinie läuft zum 31.12.2020 aus. Es wäre tatsächlich nötig, die Förderrichtlinie zu verlängern und gegebenenfalls Anpassungen an die aktuellen Verhältnisse vorzunehmen.

Kollege Stöttner hat auf weitere Förderrichtlinien hingewiesen, zum Beispiel auf die SeLA – die kannte ich vorher nicht. Es gibt also verschiedene Förderrichtlinien. Da

wäre es gut, wenn man das mit hineinpacken könnte. Ich wäre wirklich froh, wenn wir da eine gute Lösung entwickeln könnten, ohne eine zusätzliche Förderrichtlinie zu schaffen.

Eines muss man herausstellen, liebe Kollegen: Der öffentliche Personennahverkehr ist vor allem auf dem Land nicht nur völlig ungenügend ausgebaut, sondern teilweise schlicht und einfach nicht vorhanden. Wir haben teilweise überhaupt keine Verbindungen, teilweise sind Ortschaften so angebunden, dass man in der Früh wegkommt, vielleicht mittags und nochmals am Abend zurückfahren kann, und das war's. Teilweise verkehren die Verbindungen von Montag bis Samstag recht eingeschränkt, und am Sonntag gibt es gar keine Busverbindung. Oft ist es zu teuer. Oft gibt es keine andere Möglichkeit, als letztlich doch wieder auf das Auto zurückzugreifen. Vor allem ist es preislich oft nicht attraktiv, auf diese Verbindungen zurückzugreifen, die dann auch noch sehr langsam sind und viel Zeit in Anspruch nehmen.

Wir erleben in Bayern, dass sehr oft Steuergelder für unsinnige Projekte, für Fässer ohne Boden, ausgegeben werden. Da brauchen Sie nur mal in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler hineinzuschauen, oder fragen Sie den Kollegen Scheuer von der CSU, er ist ein Spezialist für Steuergeldverschwendung.

Dort, wo die staatliche Förderung tatsächlich dringend notwendig wäre, beispielsweise bei der von der SPD angesprochenen Mobilität für Senioren, wird dann aber leider gespart.

Ich betone: Wir plädieren grundsätzlich für den Ausbau und die Förderung dieser niedrigschwelligen Mobilitätskonzepte, insbesondere auch für Senioren. Aber wir hätten ungern eine neue Förderrichtlinie und damit noch mehr Bürokratie. Wir präferieren ganz klar die Weiterentwicklung vorhandener Förderrichtlinien und hoffen, dass sich da jetzt etwas tut und dem Vorschlag der SPD in anderen Bereichen Folge geleistet werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion. – Bitte schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion ist gut gemeint, und er legt auch den Finger richtig in die Wunde; denn in vielen Gemeinden bei uns in Bayern, gerade in den ländlichen Regionen, ist das Angebot an ÖPNV nicht zufriedenstellend, teilweise gar nicht vorhanden. Ich glaube, jeder Kollege kann aus seinem Heimatlandkreis oder aus seiner Region berichten. Auch bei mir in Oberfranken gibt es viele Bereiche, wo der ÖPNV noch schlecht ausgebaut ist.

Das kann nicht sein. Mobilität ist ein wesentliches Grundbedürfnis, nicht nur für die immer älter werdende Gesellschaft, sondern auch für die Jungen. Sie ist wesentlicher Faktor für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Dazu braucht es aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, individuelle Lösungen. Wir haben wundervolle Konzepte, eine Mitfahrbank oder ein Anrufsammeltaxi sind angesprochen worden, und vieles andere.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, können wir dem nicht zustimmen. Wir würden uns aber enthalten. Bereits seit Januar 2015 – so zumindest mein Recherchestand – existieren Fördermöglichkeiten für Bürgerbusse mit einer Anschubfinanzierung von 10.000 Euro. Deswegen frage ich mich, warum man ein zusätzliches Förderprogramm auflegen muss. Das erinnert mich an Ihre reflexartige Baupolitik, was Städtebaufördermittel angeht; da gibt es immer und immer wieder ein neues Städtebauförderprogramm, und irgendwann blickt keiner mehr durch, gerade vor Ort nicht, wo das dann beantragt werden soll. So wird es dann auch für die Ehrenamtlichen sein, die sich zusammenschließen, um irgendwelche Busangebote zu schaffen; die blicken dann gar nicht mehr durch, welche Fördertöpfe es noch gibt. Deswegen können wir uns nur enthalten. Das würde immer undurchschaubarer werden. Es wäre viel wichtiger, die multimodale Vernetzung sicherzustellen, dass der motorisierte Individualverkehr besser mit dem öffentlichen Verkehr verzahnt wird. Das wäre für die Men-

schen viel zielführender. Der Kollege und stellvertretende Vorsitzende Eibl hat dies angesprochen. Das wäre zielführender. Wir werden uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die Staatsregierung hat nun das Wort die Frau Ministerin für Bauen, Umwelt und Verkehr – Bauen, Wohnen und Verkehr, Frau Ministerin Kerstin Schreyer.

(Zurufe)

– Angesichts der langen Zwischenzeiten hat man als Präsident mehrere Versuche, bis man das richtig ausgesprochen hat. Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Präsident übt gerade noch die Funktionsbeschreibung: das Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr. Sie haben recht: Darin ist so viel Schönes; deswegen muss man das noch öfter formulieren. Das verstehe ich gut.

Frau Kollegin Rauscher hat meine vorherige Verwendung zu Recht angesprochen. Ich glaube, wir teilen den Wunsch, Menschen gerade dann, wenn sie älter werden, Verkehrlich überall gut anzubinden und passenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. All diese Fragen sind zutiefst sozialpolitische Fragen. Deswegen freue ich mich sehr, dass sowohl im Sozialministerium als auch im Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr diese Themen sehr stark gesehen werden. Ein intelligentes Verkehrsnetz muss so aufgestellt sein, dass diese Aspekte berücksichtigt werden und dass sowohl im ländlichen Raum als auch in der Stadt Angebote vorhanden sind. Dies muss das Ziel sein. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir in den beiden Haushalten entsprechendes Geld sowohl für das Bauministerium als auch für das Sozialministerium zur Verfügung gestellt haben.

Diese Themen sind nämlich wichtig. Ich nenne Rufbusse, Sammeltaxis und den Flexibus. Die Rufbusse werden übrigens schon seit 2012 gefördert. Es ist also nicht so, dass dies neu wäre. In Bayern werden mit 5 Millionen Euro 40 Rufbusse gefördert. Sie wissen, dass diese Förderung für fünf bis acht Jahre aufgestellt ist. Klaus Stöttner hat zu Recht aus seinem Stimmkreis berichtet, wie sehr gut dies funktioniert. Offensichtlich müssen dies ein paar Leute wissen, sonst hätten wir diese Förderung nicht und hätten das Geld auch nicht im Haushalt. Natürlich müssen wir die Kommunen entsprechend fördern, damit sie solche Projekte maßgeblich unterstützen können. Ich habe zum Sozialministerium durchaus noch eine gewisse Verbindung; denn ich durfte dort zwei Jahre Ministerin sein.

Ich kann daher nur sagen: Es gibt einen ganz hervorragenden Online-Auftritt. Alle zwei Jahre wird hier darüber berichtet, wie es läuft. Wir haben auch Flyer. Es besteht also eine gute Chance, dieses Wissen zu erwerben. Man kann sich zum Beispiel den Flyer-Stand im Sozialministerium ansehen; man kann sich auf der Webseite des Sozialministeriums bewegen. Dort ist alles drauf. Man müsste es nur ansehen. Alle zwei Jahre gibt es auch noch einen Bericht. Natürlich müsste man sich diese Informationen zu Gemüte führen; sie sind vorhanden. Die Kollegin überarbeitet derzeit die Förderrichtlinie.

Mehrere Projekte sind angemeldet. Dies funktioniert entsprechend. Förderungen laufen jetzt an im Landkreis Lichtenfels, im Landkreis Hof – der Hofer Landbus –, in den Landkreisen Main-Spessart, Rhön-Grabfeld und Schwandorf. Ich nenne auch die Mobilitätszentrale im Landkreis Kronach. Offensichtlich wissen dies also ein paar Leute; sonst würde es nicht laufen. Wenn es um die Erlaubnis der Fahrgastbeförderung geht, trägt der Freistaat die Kosten, damit eine Abfederung vorhanden ist.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich weiß, dass die Haushälter bei uns im Haus jeden Haushalt intensiv durchgehen und auch jeden Posten gezielt abwägen. Ich bin mir ganz sicher, dass dies in jeder Fraktion so läuft. Vielleicht könnten die Kollegen in der SPD, die den Sozialhaushalt und den Verkehrshaushalt bearbeiten, die

entsprechenden Stellen im Haushalt heraussuchen und Kollegin Rauscher zur Verfügung stellen. Dann steht dieses Wissen auf einfache Weise zur Verfügung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Frau Ministerin. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Frau Kollegin Rauscher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Frau Rauscher, bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Ganz offensichtlich haben Sie Freude daran, mit Zynismus zu sprühen, Frau Ministerin. Ich finde das unangemessen. Selbst wenn ich etwas überlesen haben sollte, muss ich mir das nicht anhören.

Ich bemühe mich seit über einem Jahr, an Informationen zu kommen. In meinem Büro sitzen auch keine Deppen von gestern. Niemand kommuniziert diese Info. Dies ärgert mich! Mir geht es doch gar nicht darum, diesen Antrag durchzubringen. Ich wollte eine Info für Fürstencell, für Vaterstetten und für andere Orte. Offensichtlich ist es nicht so leicht, diese Info zu bekommen. Das muss ich einfach loswerden. Sie stellen mich nämlich als deppert hin, weil ich nicht auf diese Info gestoßen bin. Das finde ich nicht angemessen, schon gleich gar nicht einer Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Frau Kollegin Rauscher, Sie sind Vorsitzende des Sozialausschusses. Mir erschließt sich nicht, warum Sie nicht im Internet die Soziale Seite des Sozialministeriums anschauen können, worauf sich die Infos befinden. Alle zwei Jahre wird darüber auch berichtet. Dazu gibt es Flyer. Diese Informationen werden sogar in zwei Ausschüssen gegeben. Wenn man diese Info haben möchte, rentiert es sich vielleicht, einen Brief an die Kollegin Trautner oder an mich zu schreiben. Sie bekommen alle Informationen, die Sie haben wollen. Außerdem bringen die Kommunen diese Dinge auch entsprechend vorwärts.

Sie sagen, dass Sie den Zynismus unerträglich finden. – Wenn Sie wüssten, wie viele Beiträge von der SPD ich unerträglich finde, aber schweige, weil wir nämlich alle Diä-

ten dafür erhalten, dass wir die parlamentarische Vielfalt und die Meinungsvielfalt ertragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Viele Menschen sind darauf stolz und viele von uns sind sehr, sehr froh, dass sie hier sein dürfen und dass wir Meinungsvielfalt haben. Seien wir für die Vielfalt und die Meinungsvielfalt dankbar, und informieren wir uns einfach gegenseitig, zum Beispiel auf der Webseite des Sozialministeriums.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.